

Die Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mark, durch die Post monatlich 8.25 Mark, vierteljährlich 24.75 Mark. Einjährig, Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspoststellen angenommen. Im Ausland, Zeitungsverträge unter Geschäftsbedingungen. Für unvertretung eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe, Geschäftsverträge gesondert. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

# Halle-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 gespaltenen 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 9 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtlich Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Geschäftsleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 13. Dr. Draubachstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Meißnerstraße 52 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 228 15.

Nr. 432.

Halle, Donnerstag, den 15. September 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Keine Augenblickspolitik!

Dr. Walter Schreiber - Halle, Mitglied des Landtages.

Es ist in der Politik immer falsch, sich bei richtungsbewegenden Entscheidungen von der Stimmung des Augenblicks leiten zu lassen. Der Weg, der mit fähigem Kopf in ruhigen Zeiten als der richtige erkannt ist, muß weiter verfolgt werden, auch wenn jähe Ereignisse und zornige Erregung die Gemüter erhitzen. So darf auch die berechtigete Empörung jedes sittlich gefunden Deutschen über die unklare Arbeit an dem Abgeordneten Erzberger nicht dazu führen, daß der bisher eingehaltene Kurs der Innenpolitik nun plötzlich an der Richtung geworfen wird. Es wäre grundfalsch, wollte man, weil eine entsetzliche Bluttat begangen hat, worin hemmungslose Verheerung von rechts führte, das Steuer nun ganz nach links herumwerfen und darüber vergessen, welche ernste Gefahr auch von dieser Seite unserem Staat und unserem Volk droht. Wir hier in Mitteldeutschland haben noch in allzu früher Erinnerung, wie die verbrecherischen Banden eines Hölz gehaubt und jede Freiheit und jedes Recht mit Füßen getreten haben. Wir empfinden es als Schicksal, wenn sowjetbolschewistische Gesinnungsgenossen jenes Hölz jetzt vorgeben, für die Befreiung und die deutsche Republik zu demonstrieren. Wir behaupten es aufs tiefste, wenn die alten Farben schwarz-weiß-rot zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht werden, aber es ist unerträglich, daß die rote Sowjetfahne der brutalen Gewalt und des Bürgerkrieges im Winde flattert, während die Fahne schwarz-weiß-rot in den Staub getreten wird. Es ist gewiß höchst unerträglich, wenn hier und da reaktionäre Kreise auch die Vereinigungen ehemaliger Kriegsteilnehmer zu ihrer Feinde gegen den jetzigen Staat gemacht, aber es ist ein Schicksal auf jede Freiheit, wenn ehemalige Krieger ihre alten Fahnen nicht mehr zeigen dürfen, ohne von den Anhängern des Sowjetismus mit Knütteln attackiert zu werden.

Das, was wir von der Regierung fordern müssen, ist, daß sie die außerordentlichen Maßnahmen, zu denen sie durch den Mißbrauch der politischen Freiheit seitens ertremer Kreise gezwungen worden ist, mit gleicher Schärfe gegen jeden Feind der Staatsordnung zur Anwendung bringt, gleichviel, in welchem politischen Lager er sich befindet. Mit unbedingtem Gebude haben sich die Regierungen des neuen Deutschlands auch die schwersten und züchtendsten Angriffe gegen die Grundlagen der Staatsordnung gefallen lassen. Es wird endlich an der Zeit, daß mit dem Demokratie in schrankenlosigem Gewährlaffen, statt in züchtenderem, festem Durchsetzen des Notwendigen besteht. Gerade nach einer Staatsumwälzung läßt sich neue Ordnung nur aufbauen bei fester Führung und zielbewusster Entschlossenheit gegen jeden Widerstand. Es geht nicht an, daß man schönen Theorien zuliebe in diesen Zeiten des Werdens alle Staatsformen sich schrankenlos ausleihen läßt.

Und das, was wir von deutschen Völkern erwarten müssen, ist, daß sich endlich zu gemeinsamen Handeln alle diejenigen zusammenfinden, denen es mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und dem Schutz der Verfassung wirklich ernst ist. Wir können nur zu stetigen Beziehungen kommen und zu einer Staatsleitung, deren politische Autorität die Republik besser schützt als alle Parteimaßnahmen, wenn wir die Regierung im Reich und in Preußen auf breitere Basis stellen, als das bisher der Fall war. Das ist das große Problem, von dessen Lösung die Gesundheit unserer innerpolitischen Zukunft abhängt. Eine Regierung ohne breite, zuverlässige parlamentarische Grundlage vermag weder Reformarbeit zu leisten, noch Autorität auszuüben; sie ist schwach und kann deshalb auch nur eine schwächliche Politik führen. Die feste, autoritative Regierung, die wir brauchen, läßt sich finden, wenn wir nur ernstlich wollen. Die Führer der Deutschen Volkspartei haben in den letzten Wochen mit zunehmender Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß sie an der Sicherung unserer Verfassung mitzuarbeiten bereit sind und der deutschen Republik dienen wollen. Diesen guten Willen zurückzuweisen, wäre der gleiche verhängnisvolle politische Fehler, den das frühere konservative Regiment beging, als es Sozialdemokraten grundständig von der Mitverantwortung am Staat ausschloß. Einflußreiche Führer der Sozialdemokratie haben sich von der dringenden Notwendigkeit der breiten Koalition von Volkspartei bis Sozialdemokratie immer mehr überzeugt. Es ist zu hoffen, daß die Führer der beiden Minderparteien einer großen, regierungsfähigen Mitte die tatsächlichen Bedenken überwinden, die von gewissen Gruppen ihrer Anhänger immer noch geltend gemacht werden. Wir können nicht warten, bis der letzte Nihilist die staatspolitischen Notwendigkeiten erkannt hat. Wir brauchen endlich eine gute Politik. Und das deutsche Volk fragt nachhaftig weniger danach, wer sie führt; es wünscht nur, daß sie gemacht wird.

## Die bayrische Kabinettsfrage.

Aus München wird uns geschrieben: Der ständige Landtagsauschuß trat Mittwoch nachmittags 3 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Präsident Koenigshauer ein Schreiben des Ministerpräsidenten Dr. von Kahr bekannt, worin dieser von dem Rücktritt des Gesamtministeriums Mitteilung macht. Der Präsident fügte hinzu, er habe auf Donnerstag nachmittags 4 Uhr eine Sitzung des Volkstages einberufen, die sich mit der Frage beschäftigen werde, wann die nächste Plenarsitzung stattfinden solle, um die Wahl des Ministerpräsidenten und die Bestellung des neuen Ministeriums vorzunehmen. Der Abgeordnete Held bemerkte jedoch, es werde in der Presse die Behauptung aufgestellt, daß er den Ministerpräsidenten getriggert habe. Zum Beweis dafür wurde angeführt, daß schon seit längerer Zeit zwischen ihm und von Kahr tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten, und daß er beim Katholikentag in Frankfurt würde gemacht worden sei. In Frankfurt habe er überhaupt mit niemandem ein Wort über Politik gesprochen, mit dem er sich für etw. allen größeren Fragen durchaus einig gegangen. In einem sozialistischen Blatte werde behauptet, er habe den Ministerpräsidenten deshalb getriggert, um selbst kein Nachfolger zu werden. Er möchte hierzu nur bemerken, daß er nach der Revolution schon mehr als einmal Gelegenheit gehabt habe, Minister zu werden, es aber grundsätzlich jedesmal abgelehnt habe und tuz vor der Revolution hätte er sich lediglich unter dem äußeren Zwange der Verhältnisse dazu herbeigelassen.

Abgeordneter Timm (Soz.) erklärte, auch er sei überzeugt, daß Held bei den letzten Entscheidungen nur aus rein persönlichen Gründen gehandelt habe. Wohl in seiner Situation hätte bisher der Landtag, besonders auch die Mitglieder der Oppositionsparteien eine solche Forderung an den Tag gelegt, wie bei den letzten Vorgängen, wo man sich direkt von den Vertretern der Regierung habe brüskieren lassen.

Vorsitzender Held ersuchte den Ausbruch „brüskieren“ nicht aufrecht zu erhalten. Er selbst ist es gewesen, der den Ministerat erludt habe, möglichst noch am Sonnabend zu einer Entscheidung zu kommen, wodurch sich die lange Verzögerung ergeben habe.

Abgeordneter Reumann (U. S. P.) behauptete ebenfalls, daß es sich um ein bloßes Verbalen dem Landtag gegenüber gehandelt habe. Vorsitzender Held wandte sich auch gegen diese Behauptung. Der Ausbruch trat jedoch in die Tagesordnung ein und befaßte sich mit den Vorgängen in München, Nürnberg und Koburg.

## v. Kahr kehrt nicht zurück.

Die bayrische Volkspartei hat gestern zwei Fraktionsführer abgegeben, von denen die zweite noch spät abends anberaetert. Nach dem Ergebnis der Beratungen kann schon jetzt mit Bestimmtheit darauf geschlossen werden, daß die bayrische Volkspartei an v. Kahr nicht mehr mit dem Ersuchen herantreten wird, auf seinem Posten zu verbleiben. Da auch die Demokraten sich an einem neuen Kabinett Kahr nicht mehr beteiligen werden, ist also mit Sicherheit zu sagen, daß eine Rückkehr Kahrs nicht mehr erwartet werden kann.

Die Münchener-Ausg. Abendz. will aus Berlin von - wie sie sagt - ganz zuverlässiger Seite gehört haben, daß die preussische Regierung durch den Ministerpräsidenten Siegerwald die von der bayrischen Regierung und vom bayrischen Landtag formulierte Forderung auf Aenderung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August auf das wärmste unterstützt habe, so daß Preußen und Bayern in der Frage der Aenderung der Reichsverordnung eine Einheitsfront bilden.

Aus parlamentarischen Kreisen wird dem B. T. mitgeteilt: Obwohl die Lage in München ungeläufig ist, wird die für heute vormittags anberaumte Sitzung des Aenderungsausschusses des Reichstages, der sich mit der bayrischen Frage zu befassen hat, nicht verlagert werden. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Sitzung nur kurz sein wird.

## Die Verhaftungen in München.

Es ist leider nicht mehr daran zu zweifeln, daß die Ermordung Erzbergers nicht die individuelle Tat zweier fanatischer Menschen ist, sondern daß ein organisiertes, politischer Zusammenhang von Leuten besteht, oder doch zum mindesten bestanden hat, die bereit und fähig waren, ihre politischen Gegner mit dem Mittel des Mordmordes zu bekämpfen. Es ist überaus traurig, daß gegenüber dieser Tatsache nicht ein einziger Ruf des Aufschreus durch alle politischen Parteien geht, sondern daß auch nach den Feststellungen die Reichspresse ausschließlich über die Vinte berichtet, die über die Münchener Feststellungen mit Recht empört ist. Dabei hat noch bis in die jüngste Zeit ein Teil der Reichsblätter triumphal den Anschein zu erwecken versucht, daß die Tat von Griesbach entweder von Zentralsparteiern oder von Kommunisten begangen sein müsse. Man sollte mir nicht glauben, daß Herr Herat alle Urteile hätte, etwas zurückhaltend zu sein. Anstatt dessen hat er in Berlin eine Rede gehalten, die herausfordernd denn je war. Es wäre wirklich an der Zeit, daß die Besonnenen im deutschnationalen Lager sich jetzt einmal zum Worte melden.

Ueber die Selbsttötung eines angeblichen Leutnants Kurt Hütter in Potsdam, der behauptet, einer der Mörder Erzbergers zu sein, berichten die Blätter nach einer Zeitungsberichtigung, daß der in Haft genommene den Namen Hütter wahrscheinlich zu Unrecht führe. Auch sei es unwahrscheinlich, daß er früher Offizier gewesen ist.

Wahrheitsliebender sei die Annahme, daß es sich um einen vom Handwerkerstand angehörigen Mann handelt, der offenbar besondere Gründe hat, den Verdacht auf sich zu lenken. Die Behauptung, die von den Mördern vorliegt, paßt auf Hütter keineswegs.

## Abg. Heim über seine Beziehungen zu den Mördern.

Reichstagsabgeordneter Dr. Georg Heim macht jetzt selbst den über seine Beziehungen zu den beiden Mördern Erzbergers umlaufenden Gerüchten ein Ende, indem er mitteilt, daß er Schulz und Dillstein und zwei weitere ihm empfohlene Offiziere der damals auf Befehl des Reichswehrministers aufgelösten zweiten Marinebrigade bei der landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft des bayrischen Bauernvereins in Regenbürg als Volontäre aufgenommen habe. Schulz, der als Kriegsfreiwilliger ins Feld gegangen, dort Offizier geworden und zweimal verwundet war, hatte bei der Sturmkompanie 2 der Marinebrigade an den Kämpfen in Berlin, München und Oberpfalz teilgenommen. Dillstein war als Oberleutnant z. S. bei Capa Flotz in englische Gefangenschaft gekommen und, von dort entlassen, Mitte März 1920 in die zweite Marinebrigade eingetreten. Gemeinam absolvierten beide vom Mai 1920 bis Ende April 1921 das Ausbildungsjahr bei der landwirtschaftlichen Genossenschaft. Schulz überlebte dann nach München: Dillstein folgte ihm dorthin, um die Rechte zu studieren: an der Universität ist er jedoch nicht immatrikuliert. Seit ihrer Ueberziehung nach München, also seit April dieses Jahres, hat Geheimrat Heim sie aus dem Gesicht verloren. Nähere persönliche oder gesellschaftliche Beziehungen hat er zu den beiden Volontären nicht unterhalten; sie werden ihm als pflichtgetreue und beherrschende ja, „wie ich Menschen“ geliebt, die eifrig bemüht waren, sich in ihrem neuen Beruf einzuleben.

## Wiederbeginn der Parlamentsarbeit.

In Reichstag und im Preussischen Abgeordnetenhaus sind zwar einzelne Ausschüsse schon jetzt in Tätigkeit. Der eigentliche Wiederbeginn der Arbeiten wird aber erst am 27. und 28. September erfolgen. Der Reichstagspräsident Loeb bezieht die erste Vollversammlung des Reichstags für den 27. September, nachmittags 3 Uhr ein. Auf der Tagesordnung stehen 23 kleine Anfragen, die Interpellationen der Deutschnationalen über Getreideverziehung und der Deutschen Volkspartei über Auslieferungen gegenüber Angehörigen nationalsozialistischer Parteien sowie erste Beratungen kleinerer Gesele. Der Preussische Landtag ist auf den 28. September, nachmittags 2 Uhr, einberufen und will an diesem ersten Sitzungstage nach den Sommerferien nur keine Beschlüsse und Anträge erledigen. In beiden Parlamenten erhalten also die Fraktionen die notwendige Zeit, sich gleich nach ihrem Zusammenritt erst untereinander über die kommenden brennenden Entscheidungen zu beraten.

## Zur Finanzlage Deutschlands

schreibt die Finanzblende in Kopenhagen an leitender Stelle u. a.:

Was wird geschehen, wenn Deutschland zusammenbricht? Diese Frage ist für die ganze Welt von Wichtigkeit. Die Deutschen waren bisher das mächtigste Volk der Welt und wenn sie niedrigeren werden, ändern sich die Lebensbedingungen für alle anderen Völker. Es ist nicht dasselbe, wenn Rußland oder Japan vernichtet wird, denn sie haben weder als Produzent noch als Konsument so große Bedeutung. Deutschlands Zusammenbruch ganz besonders für Europas Lebensfähigkeit entscheidend, ebenso wie Deutschlands Auflösung von 1871 bis 1914 die umgebenden Länder zur Arbeitstraft und zum Wohlstand erhob, so wird sein Fall möglicherweise wieder zurückwerfen und sie an Arbeit und Energie schmachten.

## Eine neue Zusammenkunft zwischen Rathenau und Loucheur.

Der Pariser Intranligant beschäftigt die Meldung eines Berliner Blattes, wonach in kurzen mit einer neuen Zusammenkunft zwischen Loucheur und Rathenau in Wiesbaden zu rechnen ist. Die Besprechungen sollen dem Abschluß des vierten Nebenabkommens über die Restitutionsleistungen für die Industrie, die Viehzucht, die Kohlenlieferung und das Eisenbahnmateriale dienen, über die man sich das letzte Mal in einigen Vermoede. Es sei nicht ausgeschlossen, daß das Abkommen bereits zum 1. Oktober perfekt werden könne. Einer Meldung aus Paris zufolge wird der Minister für die Wiederbaugabe, Loucheur, wird heute im Finanzministerium über das Abkommen von Wiesbaden Bericht erstatten.

## „Kote Jahne“ und „Gothaer Volksblatt“ verboten.

Auf Grund der bekannten Verordnung wurden die „Kote Jahne“ vom 15. bis 17. September und das „Gothaer Volksblatt“ vom 15. bis 23. September verboten. Das Verbot der „Koten Jahne“ ist, wie das Blatt mitteilt, wegen der beiden Artikel „Die Kindermörder: von Hpern wollen feiern“ vom 13. September und „Ein neues Spielmannsbander Wehmanns“ vom 14. d. Mts. erfolgt, in denen, wie es in der Begründung des Reichsministers des Innern heißt, zu Gewalttaten gegen die Gelebe aufgefordert und die Reichsregierung verächtlich zu machen gesucht wird.

## Fortsetzung der polnischen Gewalttätigkeiten in Oberschlesien.

In Bistupitz sollte am 12. September, vormittags 11 Uhr, die von Führer der ober-schlesischen Polizei, dem italienischen Obersten Pessenti angeordnete Auflösung der Gemeindeführer erfolgen, die fast nur aus Polen und zum größeren Teile aus ehemaligen Aufständischen besteht. Um die Auflösung zu verhindern, sammelte sich vor dem Gemeindeführer eine Menge von etwa 200 größtenteils bedrohten Leuten an. Diese verlangten, daß der Gemeindeführer sofort sein Amt niederlege; er und die deutschen Beamten der Gemeindeführung wurden gezwungen, das Rathaus zu verlassen. Der Vorsteher fuhr nach Sindenburg, um dem Kreisintendanten, dem französischen Major Landrot Bericht zu erstatten. Dieser begab sich in Begleitung des Vorstehers und eines französischen Offiziers nach Bistupitz, um den Weg zu weisen, aber am Eingang zur Ortschaft von einer Bande von 85 bewaffneten Polen aufgehalten, die den Gemeindeführer nicht in den Ort hineinlassen wollten. Dieser mußte deshalb mit dem französischen Offizier nach Sindenburg zurückfahren, während der Kreisintendant zu Fuß nach Bistupitz hineinging. Ausgerichtet hat er bisher nichts. Die polnische Gemeindeführung besteht noch heute und der Gemeindeführer kann immer noch nicht nach Bistupitz zurückkehren. Sein Amt übernahm der selbstverordnete polnische Gemeindeführer. Am 14. September war ein vom Obersten Pessenti entsandter italienischer Offizier in Bistupitz, um die Durchführung der Anordnungen des Polizeichefs zu veranlassen. Was er ausgerichtet hat, ist nicht bekannt.

Das Breslauer Abendblatt veröffentlicht einem Telegramm aus Katowitz, Inzuzgenien und Regimentsbescheide vom 29. August, aus denen hervorgeht, daß von polnischer Seite ein neuer Aufstand vorbereitet wird. Die Bescheide sind von Major Palucki unterzeichnet.

## Südtirol gegen Italien.

Aus Bozen wird gemeldet: Die Vertreter von 181 südtiroler Gemeinden saßen gegen die Ausdehnung der Wehrpflicht auf Deutsch-Südtirol einen namhaften Beschluß, in dem es heißt:

Das Volk Südtirols ist trotz des feierlich verkündeten Selbstbestimmungsrechts gegen seinen Willen einem fremden Staat einverleibt worden. Die Rückföhrung nach unsere eingeborenen Rechtsverhältnisse lassen es uns in moralischer Hinsicht unmöglich erscheinen, daß man von unserer militärrpflichtigen Bevölkerung verlangt, Italien Militärdienst zu leisten. Den Söhnen des südtiroler Volkes heißt es einen vor der ganzen Welt nicht zu rechtfertigenden Gewissenszwang antun, wenn man von ihnen verlangt, gegen eigene Ueberzeugung in einem Heere zu dienen, dem sie selbst oder ihre Brüder und Väter im Kampf um die heimatische Scholle unmittelbar feindlich gegenübergestanden haben.

## Die Richter des internationalen Schiedsgerichtshofes.

Das Verfahren für die Wahl der Richter des Internationalen Schiedsgerichtshofes, das ziemlich verwickelt ist, verlangt, daß die Kandidaten in beiden Körperschaften die absolute Stimmenmehrheit erhalten, Völkerbundsrat und Völkerbundsversammlung aber in getrennten Sitzungen abstimmen. Drei Wahlgänge sind notwendig, um die vorgezeichnete Richterzahl zu erhalten. Wenn nach dem dritten Wahlgange noch nicht alle vorgezeichneten Richterposten besetzt sind, so soll, um Stichwahlen zu vermeiden, ein Vermittlungsausschuß, dem drei Richtermitglieder und drei Vermittlungsmittglieder angehören,

den beiden Körperschaften Richter vorschlagen. Wird auch hier kein Ergebnis erzielt, so kann der Gerichtshof sich selbst ergänzen. Die Vernehmung der Richter von 11 auf 15 und der stellvertretenden Richter von 4 auf 6 wurde für den Fall wachsender Arbeitslast des Gerichtshofes vorgesehen. Die Richter werden auf 9 Jahre gewählt und sind wiederwählbar. In Todesfällen wird der Nachfolger nur bis zum Ablauf der Amtsdauer seines Vorgängers ernannt.

Am 11 Uhr 20 Min. wurde unter großer Spannung der Vermittlung das Ergebnis des ersten Wahlganges verkündet, an dem Vertreter von 42 Staaten teilgenommen haben. Im ersten Wahlgange erzielten: Almirante-Spanien 23 Stimmen, Alvarez-Cilla 24 Stimmen, Anzilotti-Italien 24 Stimmen, Dohr-Niederlande 24 Stimmen, Barbosa-Brazilien 28 Stimmen, Bustamanta-Cuba 26 Stimmen, Finlay-Großbritannien 20 Stimmen, Odaz-Japan 20 Stimmen, Weiß-Frankreich 20 Stimmen. Diese 9 Kandidaten haben das absolute Mehr erreicht, sie sind somit als Mitglieder des Internationalen Gerichtshofes gewählt unter der Voraussetzung, daß sie auch die Mehrheit der Stimmen im Völkerbundsrat erhalten.

Es sind noch zwei Mitglieder des Internationalen Gerichtshofes zu wählen. Es hatten noch gehalten: Subers-Schweiz 14, Dorel-Schweiz 3, Descamps-Belgien 13, Borden-Canada 12, Nyholm-Dänemark 11, Moor-Vereinigte Staaten 12 und Regulescu-Rumanien 19 Stimmen. Da nur neun Kandidaten das absolute Mehr erhalten haben, muß für die Wahl der noch zu wählenden 2 Richter ein neuer Wahlgang erfolgen. Der Stimmenzahl kamen Regulescu-Rumanien mit 19, Huber-Schweiz mit 14, Borden-Canada mit 12 und Moor-Vereinigte Staaten gleichfalls mit 12 Stimmen in Betracht. Der Vorsitzende der Vermittlung ist der Ansicht, daß die Vermittlung zwischen diesen Kandidaten zu entscheiden habe. Fernandez-Brazilien verlangt jedoch, daß die Abstimmlung, genau wie beim ersten Wahlgange, vollständig frei zu erfolgen habe. Es entspringt sich eine sehr lange Debatte über die Anwendbarkeit der Geschäftsordnung. Der Antrag Fernandez-Brazilien wird schließlich angenommen.

Dem zweiten Wahlgange ergibt sich folgende Stimmenverteilung: Reichmann-Norwegen 3, Dorel-Schweiz 7, Subers-Schweiz 12, Klein-Osterreich 2, Moor-Vereinigte Staaten 21 Stimmen, Regulescu-Rumanien 16 Stimmen. Moor-Vereinigte Staaten ist somit gewählt.

Ein dritter Wahlgang muß für die Wahl des 11. Richters stattfinden. Es erhalten Regulescu-Rumanien 19, Huber 15, Descamps-Belgien 2, Borden 3, Hammarstedt-Schweden 1 und Nyholm-Dänemark 1 Stimme. Da kein Ergebnis zustandekam und ein vierter Wahlgang ebenfalls erfolglos blieb, wurde ein fünfter Wahlgang anberaumt.

## 33. Verbandstag des Verbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten.

Der Verband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten hält vom 19. bis 22. September im Lehrervereinshaus zu Berlin seinen 33. Verbandstag ab, zu dem Vertreter aus allen Teilen des Reichs, auch aus den besetzten Gebieten, angemeldet sind. Neben inneren organisatorischen Angelegenheiten wird sich die auf der Tagesordnung stehende in der Hauptsache mit den großen, die gesamte Beamtenschaft bewegenden Fragen, Feuerung, Besoldung, Beamtenervertretungen, Demissionen der Beamtenschaft usw., sowie mit den engeren Standesfragen zu beschäftigen haben. Hierunter nimmt die Frage der Neuordnung des Personalwesens bei der Reichspost die erste Stelle ein. Bekanntlich haben sich unter der Wirkung der Besoldungsreform gerade auf diesem Gebiete Verhältnisse entwickelt, die die große Masse der mittleren Postbeamten in einem Zustande dauernder Erregung hält, die umso größer ist, als das diesen Beamten in der Vergangenheit angelehn, von

den maßgebenden Stellen wiederholt als solches anerkannt und nicht nur der Besoldungsneuordnung nicht nur nicht widergutsam, sondern wesentlich verhöfret und die soziale Stellung der mittleren Postbeamten in ihrer überwiegenden Mehrheit immer weiter nach unten gebückt worden ist. Seine Hauptaufgabe wird der Verbandstag darin zu erblicken haben, seine alten Forderungen auf diesem Gebiete erneut den maßgebenden Stellen und der Öffentlichkeit zu unterbreiten und den Weg aufzuzeigen, der die bringend notwendig, auch im öffentlichen Interesse liegende Befriedigung dieses Teiles der Reichsbeamtenschaft ermöglicht.

## Der Deutsche Juristentag gegen die Sanktionen.

Die öffentlich-rechtliche Abteilung des deutschen Juristentages trat Mittwoch vormittag in Bamberg unter dem Vorsitz des Kommissionspräsidenten D. von Staff-Berlin zusammen und beschäftigte sich mit den Sanktionen. Nach Referaten von Professor Dr. M. D. U. Würzburg und des österreichischen Justizministers A. D. Dr. Klein-Wien wurde folgende Entschließung angenommen:

Der deutsche Juristentag spricht als seine einmütige Rechtsüberzeugung aus, daß die sogenannten Sanktionen widerrechtliche Gewaltmaßnahmen sind. Es verlegen den Verfallener Vertrag und das Völkerverrecht.

## Deutsches Reich.

**Ausperrung in sämtlichen Dresdener Betrieben der Metallindustrie.** Aus Dresden meldet uns ein Telegramm: Der Arbeitgeberverband der Metallindustrie beschloß gestern abend, die Arbeiter auch in den bisher nicht vom Streik betroffenen Betrieben der Metallindustrie morgen auszusperren, wenn bis morgen früh die Arbeit von den Streikenden wieder aufgenommen wird. Von der Ausperrung würden etwa 40000 Arbeiter betroffen werden.

**Der Reichsbürgerrat gegen die Zersplitterung der Kräfte.** Eine Abordnung des Präsidiums des Reichsbürgerrats überreichte gestern dem Reichskanzler mit einer Resolution des Reichsbürgerrates die Versicherung, nach allen Richtungen der Richtung wirkend positive Mitarbeit beim Wiederaufbau Deutschlands leisten zu wollen. Der Kanzler dankte und beglückwünschte mit einer Schilderung der heutigen politischen Lage die Notwendigkeit der bekannnten Besoldung des Reichspräsidenten. Aus der Aussprache trat man die Hoffnung auf eine baldige Beendigung der politischen Lage heim.

**Ausweitung der Kaffee-Posthinger.** Nach der Straßburger Korrespondenz sind wieder 103 Personen ausgewiesen worden. Darunter 62 Deutsche, 9 Polen, 7 Italiener, 7 Saarländer, 6 Schwizer, 2 Belgier, 6 Luxemburger, 2 Tschechen, 1 Ungar und 1 Spanier.

## Auslands-Rundschau.

**Der Generalstreik in Frankreich.** Aus Koblenz wird berichtet: Die Fabriken und die städtischen Gas- und Wasserwerke werden von Militär bewacht, das hier angekommen ist und seine Hauptquartiere in der Bürgermeisterei von Neubaus aufgeschlagen hat. Die Truppe untersteht dem General Daurer. Die Arbeiter, welche die Erlaubnis erhielten, zu arbeiten, geben 25 Prozi. ihrer Löhne an die Streikposten ab. Heute vormittag fand eine Verammlung der Streikenden gegenüber der Arbeiterseite von Neubaus statt. Nach der Verammlung trennten sich die Streikenden in größere Gruppen, die von Genbarmenten begleitet durch verschiedene Stadtviertel zogen.

### RHEINBERG SEKT

Rheinberg & Co. Akt.-Ges. Geisenheim am Rhein-Schloß Rheinberg

wurde. Trotzdem man eine Woche lang nach der Leiche suchte, fand man sie nicht. Die Auffindung der Leiche war aber gleichbedeutend mit der Schuldbilddung eines Arztes, der im Verdacht, an der Ermordung seiner Frau beteiligt gewesen zu sein, verhaftet worden war. Nun traf bei einer Münchener Zeitung ein Schreiben ein, das — auf Grund spiritistischer Offenbarungen — mitteilte, die angekündigte Mörderin habe sich nicht ums Leben gebracht, sondern halte sich bei einer Familie in Maring bei Wernau auf. Dieses Schreiben traf fast in demselben Augenblick ein, als man die Leiche in jener 800 Meter tiefen Schlucht fand. Hätte man die Leiche nicht gefunden, und wäre aus der Mitteilung nicht zu ersehen gewesen, daß sie auf der Angabe eines „Geistes“ beruhete, wäre der Verdacht wohl noch lange auf dem Arzt ruhegeblieben.

Was diese Hellscheerei der Polizei oft zu schaffen macht, beweist ein Fall, der im Vorjahr in München spielte, und der der Polizei einmal die höchst seltene Gelegenheit gab, fast mathematisch genau nachzuweisen, wie die Hellscheerei entstand. Im vorigen Sommer hatte man in der Nähe von München die Leiche einer sehr reichen Hausbesitzerin aus Berlin unter einem Stroh Holz aufgehoben. Ein Wort lag ohne Zweifel vor, man verhaftete auch einen Verdächtigen, konnte ihm die Tat aber nicht nachweisen. Nun leiteten die privaten Nachforschungen der Schwester der Ermordeten, einer Kunstmalerin ein. Sie war Anhängerin eines sehr bekannten Spiritisten. Eines Tages kam sie nun mit einer Freundin, ebenfalls einer Malerin aus der Polizeidirektion mit der sehr bestimmten Behauptung, sie wisse, daß an der Ermordung drei Personen beteiligt gewesen seien. Ihre Freundin sei Hellscheerin und könne die Behauptung beweisen. Sie habe an dem Tag des Mordes ein „Geist“ gehabt. Sie habe gesehen, wie drei junge Leute, die sie in bezug auf die Farbe der Haare usw. ziemlich genau beschreiben konnte, die Freundin ihrer Schwester überfallen und ihr die Gurgel zugedrückt hätten. Der Beamte suchte ihr das auszuweisen. Vergeblich. Nach kurzer Zeit kam der Beamte einmal zu ihr aufs Atelier und sah hier den „Erreger“ des Hellschicks in der Gestalt eines Kobolins, auf dem drei Knappen sich mit einem Gebläse in bedäffliger Weise abspielten. Dieses Bild hatte sich abzeichnend bei einer

stündigen Betrachtung auf der Negativ ihres geistigen Auges festgelegt und war im nächsten Augenblick, als sie den Bild durchs Fenster glickten ließ, verschwunden wieder vor ihr aufgetaucht. Solche Erscheinungen hat wohl schon jeder an sich selbst wahrgenommen, wenn er eine Zeitung einen grell von der Sonne beschienenen Gegenstand betrachtet hat und dann die Augen schließt. Da flimmert das Bild noch sekundenlang vor den Augen herum.

Es war klar, daß die Hellscheerin diese Erklärung nicht gelten ließ; aber sie lieferte kurze Zeit später, allerdings ganz gegen ihre Absicht, dem Polizeibeamten den Nachweis, daß diese angeblichen Hellschicks auf ganz natürliche Weise entstehen. Eines Tages kam die Malerin wieder zur Polizeidirektion und bat um Vorlegung von Verbrechenphotographien. Sie habe die Mörder jetzt genau vor Augen, und sei im Stande, sie zu erkennen. Man tat ihr den Willen und drehte auf einem Tisch eine ganze Anzahl von Verbrechenphotos aus. Unter diese Photographien mischte man auch die Aufnahmen jenes Mannes, der unter dem Verdacht des Mordes in Haft lag. Um jede telepathische oder sonstige Beeinflussung unmöglich zu machen, ging der Beamte selbst aus dem Zimmer. Nach einer Weile erklärte die Hellscheerin, die Photographie sei nicht unter den vorgelegten Photographien. Sie habe aber gemerkt, daß der Beamte eine starke telepathische Kraft ausströmte. Der Beamte versuchte nun, auf telepathischem Weg sie zur Wegnahme einer bestimmten Photographie zu zwingen. Der Versuch mißlang. Sie hatte aber in diesem Augenblick, als sie durch das Fenster in den blauen Himmel hinausschaute abermals ein „Geist“, und wieder waren es drei Personen, die sich ihr zeigten. Am nächsten Tag sandte sie dem Beamten eine Zeichnung von diesem „Geist“. Als Malerin war sie ja wohl gewohnt, scharf zu beobachten und den Eindruck recht nahe festzuhalten. Das gibt diesem Experimente eine ganz besondere Bedeutung. Und diese Zeichnung erbringt direkt experimentell den Nachweis dafür, wie solche angebliche Hellschicks entstehen. Die Zeichnung stellte sich als deutlich negativ ab einer jener dreiteiligen Verbrechenphotos heraus. Anordnung, Umrahmung und Stellung der Einzelbilder ent-

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung“, Freitag, 16. September. Inhalt: Geheimnis mit Leidenschafts banten Wärdern. Roman von Fred Kellius. — Erobieren. Von Peter Robinson. — Dorjse Lied. Von Albert Maack. Die Teeszeremonie. — Operationen auf hoher See. — Wunte Unterhaltung. — Literatur.

## Spiritisten als Kriminaler.

Von Emil Herold-München.

(Nachdruck verboten.)

Es ist eine alte Erfahrung, daß die meisten Menschen glauben, sie seien aus dem gleichen Holz, aus dem man Kriminaler macht. Bei jedem Verbrechen, das einigermaßen Aufsehen erregt, beteiligt sich die Öffentlichkeit an der Jagd nach dem Verbrecher mit einem Interesse, das den Kriminalisten oft recht unangenehm ist. So wurden bei einem Mord in München einmal die einlaufenden Briefe gezählt. Es waren über 3000! Aber unter diesen 3000 Briefen, auf die die Polizei geantwortet wurde, war auch die, die zur Verhaftung der Täter führte. Und der vernünftige Kriminalist ist über diese Mitarbeit des Publikums, so viel vergessliche Arbeit es ihm auch macht, nicht gerade erhaben, denn er weiß, daß die meisten Verbrecher nur durch diese Mittelhilfe ausgebeutet werden können. Aber in den letzten Jahren, besonders nach der Revolution, hat die Kriminalpolizei freiwillige Mitarbeiter erhalten, die ihm durchaus nicht einwillig sind: Die Spiritisten! So lange diese Leute in ihren Briefen nach mitteln, daß ihre Kenntniss durch spiritistische Schwingen übermitteln sind, sind diese noch zu ertragen. Dafür gibt es Papierkörbe. Aber wenn sie bloß das Resultat ihrer Hellscheerei mitteilen, werden sie zu einer fürchterlichen Plage und für viele Menschen zu einer entsetzlichen Gefahr. Wie viele Unschuldige sind auf diese Weise schon in den schlimmsten Verbrechen getommen! Das überdiesige Beispiel, die Telepathie, die Hypnose und Suggestion und Hellscheerei, all das muß helfen, den Mörder oder Einzverbrecher zu entdecken. So haben sich in einem der letzten Kriminalfälle in München Spiritisten in — Klagia an der Aufklärung des allerdingst sehr verzerrten Verbrechens beteiligt. Die Mörderin hatte in einem hinterlassenen Brief mitgeteilt, daß sie in die wilde Schlucht des Luipfingebietes flüchte